

**Aktuelle Debatte**  
**Entschlossen gegen Rechtsextremismus**  
***Rede von Oliver Hildenbrand***  
***am 12. Oktober 2023 im Landtag von Baden-Württemberg***  
***Redezeit: 10 Minuten***  
***Es gilt das gesprochene Wort.***

---

Frau Präsidentin / Herr Präsident,  
Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

rechte Gewalt und rechter Terror haben eine lange Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Anschläge von Hanau, Halle und Kassel, die Mordserie des NSU, die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen und Erfurt, die Brandanschläge von Mölln und Solingen und das Oktoberfest-Attentat von 1980 sind nur die bekanntesten Beispiele.

Als offene Gesellschaft, als freiheitlicher Rechtsstaat und als wehrhafte Demokratie müssen wir die Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht, als zentrale Bedrohung verstehen und entsprechend handeln.

Entschlossen für unsere Demokratie, Freiheit und Sicherheit.  
Entschlossen gegen Hass, Hetze und Gewalt.

In der vorvergangenen Woche hat das Bundesinnenministerium gleich zwei rechtsextreme Vereine verboten: Die „Hammerskins“ und die „Artgemeinschaft“.

Damit wird dem menschenverachtenden Treiben von zwei zutiefst antisemitischen und rassistischen Neonazi-Vereinigungen endlich ein Ende gesetzt.

Auch in Baden-Württemberg kam es zu Durchsuchungsmaßnahmen und zur Beschlagnahmung von Propagandamaterialien und Waffen.

Wir danken den Sicherheitsbehörden, die diese Maßnahmen intensiv vorbereitet und erfolgreich durchgeführt haben.

Wir müssen entschlossen handeln, indem wir die rechtsextreme Szene entwaffnen, rechtsextreme Strukturen zerschlagen und rechtsextreme Propaganda unterbinden.

Eine wehrhafte Demokratie braucht wachsame und kompetente Sicherheitsbehörden. Eine wehrhafte Demokratie braucht eine starke und lebendige Zivilgesellschaft.

Wir sind nicht wehrlos gegen Hass und Hetze. Aber uns wird gerade deutlich vor Augen geführt: Um Demokratie, Freiheit und Offenheit muss täglich neu gerungen werden. Unsere offene Gesellschaft braucht unseren täglichen Einsatz.

In dieser Woche haben erneut Razzien in der sogenannten Reichsbürgerszene stattgefunden – auch in Baden-Württemberg.

Ich habe gestern Abend an einer gemeinsamen Veranstaltung der Stiftung Geißstraße und der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg hier in Stuttgart teilgenommen. Der Publizist und Rechtsextremismusforscher Andreas Speith hat eine Studie zur Szene der Reichsbürger in Baden-Württemberg vorgestellt.

In Baden-Württemberg lassen sich der reichsideologischen Szene etwa 3.800 Personen zurechnen, bundesweit sind es rund 21.000 Personen.

Wir reden hier von Menschen, die unsere Verfassung ablehnen, unseren Staat bekämpfen und unsere Demokratie zerstören wollen. Sie wurden viel zu lange als harmlose Spinner abgetan, aber eben nicht als das erkannt, was sie eigentlich sind: eine Gefahr für die Sicherheit unseres Landes.

Die Fantasien vom Umsturz, die Pläne für einen Staatsstreich, die Rekrutierungsversuche bei Polizei und Bundeswehr und die Verfügbarkeit von Waffen müssen uns alarmieren.

Wie real diese Bedrohung ist und wie konkret die Entwicklung hin zu Gewaltbereitschaft und Militanz ist, zeigen uns auch erschreckende Gewaltvorfälle in Baden-Württemberg.

Im Februar 2022 hat ein Reichsbürger in Efringen-Kirchen im Landkreis Lörrach einen Polizisten angefahren, um sich einer Verkehrskontrolle zu entziehen.

Im April 2022 hat ein Reichsbürger in Boxberg-Bobstadt im Main-Tauber-Kreis auf Polizisten geschossen, die gekommen waren, um ihn zu entwaffnen.

Im Dezember 2022 kam es zum größten Einsatz gegen ein terroristisches Netzwerk in der Geschichte der Bundesrepublik. Ein Netzwerk von Reichsbewegten, Querdenkenden und Rechtsextremisten – auch mit Bezügen nach Baden-Württemberg.

Im März 2023 hat ein Reichsbürger in Reutlingen auf Polizisten geschossen, um Durchsuchungsmaßnahmen in seiner Wohnung zu verhindern.

- Keine Waffen in den Händen von Reichsbürgern, Rechtsextremisten und anderen Verfassungsfeinden!
- Die grün-geführte Landesregierung hat den Kampf gegen Hass und Hetze zu einer Priorität in der Innenpolitik gemacht.
- Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ und die Task Force beim Landeskriminalamt.

- Im Kampf gegen Rechtsextremismus kommt auch der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle zu.
- Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
- Forschungsstelle Rechtsextremismus

Irgendetwas stimmt nicht. Irgendetwas ist in unserer Gesellschaft ins Rutschen geraten. Der Ton der öffentlichen Debatte wird immer rauer und brutaler. Die Grenzen des Sagbaren werden verschoben. Es gibt politische Kräfte, die ganz bewusst für das Gegeneinander und gegen das Miteinander arbeiten. Und die Brandmauer gegen Rechts ist fragil geworden.

Es braucht gerade jetzt gesamtgesellschaftlichen Einsatz für die Demokratie, gegen Gewalt, gegen Hass und Hetze, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung.

Nur eine offene Gesellschaft, in der sich alle Menschen frei entfalten können – unabhängig von der Herkunft oder ihrer sozialen Stellung, unabhängig von der Religion oder ihrem Aussehen – ist wirklich lebenswert. Es geht um Freiheit, Sicherheit und Offenheit. Für alle Menschen in unserem Land.

Vielen Dank!